

Der Nahost Konflikt – Ist Friedensarbeit noch möglich?

Vortrag von Sumaya Farhat Naser, Friedensaktivistin, Universitätsprofessorin und Autorin

Einleitung: Georg Lennkh, Leiter der Sektion Entwicklungszusammenarbeit und internationale Entwicklungspolitik im Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Vorstandsmitglied des Bruno Kreisky Forums,

Moderation: Melita Sunjić

19. September 2001

Der Vortrag von Sumaya Farhat Naser, die für ihre Friedensarbeit im Konflikt zwischen Palästina und Israel unter anderem mit dem Bruno-Kreisky-Preis für Verdienste um die Menschenrechte ausgezeichnet worden ist, stand unter dem Eindruck der Attentate von New York und Washington. Gleich zu Beginn betonte Sumaya Farhat Naser, wie wichtig es sei, aus palästinensischer Sicht über den Nahostkonflikt zu berichten. Einen großen Teil ihres Vortrages widmete sie der Beschreibung des gewaltgeprägten Alltagslebens in den Palästinensergebieten, in denen sie selber lebt, und der Beschreibung der schwierigen, nur von wenigen aktiv betriebenen Friedensarbeit, die sich um den Dialog zwischen den Fronten bemüht. Nach Jahrzehnten des Konflikts zwischen Israelis und Palästinensern, so Farhat Naser, konnten erste Schritte der Konfliktlösung überhaupt erst Form annehmen, als beide Seiten bereit waren, einander das Recht auf Land und Sicherheit einzuräumen. Demgegenüber stand allerdings stets die Ideologie des gegenseitigen Ausschlusses. Dass im Zuge der heiklen politischen Annäherung der Konfliktparteien Verhandlungen verzögert und Verträge nicht umgesetzt worden sind, habe Friedensarbeitern auf beiden Seiten die Arbeit erschwert und die Friedensprojekte weitgehend lahmgelegt.

Die Palästinenser, erklärte Farhat Naser, fühlten sich durch die Verhandlungspolitik betrogen. Die Grundformel „Land für Frieden“, auf der die Koexistenz beider Völker aufgebaut werden sollte, stünde im Widerspruch zur palästinensischen Lebensrealität: In den palästinensischen Gebieten des Gaza-Streifens, berichtete Farhat Naser, leben über eine Million Menschen, die ohne Militärgenehmigung nicht ausreisen dürfen. In den israelischen Gebieten, die 40 Prozent des Gaza-Streifens ausmachen, leben 5000 Siedler, die 18000 Soldaten zu ihrem Schutz brauchen. Israelische Siedler bekommen das Zehnfache an Wasser zugeteilt, bezahlen aber sehr viel weniger dafür als Palästinenser. Weiters erklärte Farhat Naser die Verwaltungsstruktur der Zonen A, B, und C der Westbank. Nur in Zone A, in der sich neun Städte befinden, dürften Palästinenser allein über Bau und Entwicklung verfügen, in Zone B – 500 palästinensische Städte, Dörfer und Lager – gäbe es zwar Selbstverwaltung, für den Bau von Straßen, Schulen, Wasserleitungen etc. bedürfe es aber

einer Militärgenehmigung, die seit drei Jahren nicht mehr erteilt wird. Zone C befindet sich unter israelischer Souveränität. Dort wurden 180 israelische Siedlungen zwischen palästinensischen Dörfern gebaut. Zu Beginn des Friedensprozesses lebten dort 80.000 Siedler, heute sind es 200.000. Farhat Naser berichtete von Sprengungen palästinensischer Häuser für israelische Siedlungen.

An allen Übergängen zwischen den Zonen A, B und C befinden sich Checkpoints, zur Zeit insgesamt 292. Von ihrem Wohnort Bir Zeit, so Farhat Naser, ins Friedenszentrum nach Jerusalem, ihrem früheren Arbeitsort, insgesamt eine Entfernung von nur 16 km, müsste sie mehrere Kontrollen passieren, Kilometer zu Fuß gehen, stundenlange Wartezeiten in Kauf nehmen, und zusätzlich habe man nie gewußt, ob man sein Ziel auch tatsächlich erreichen würde. Deswegen, so Farhat Naser, habe sie vor einigen Monaten ihren Beruf aufgegeben. Den Palästinensern werde durch die Kontrollen und die Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit die Möglichkeit zum Arbeiten genommen. Dementsprechend kaputt sei die Wirtschaft, die Arbeitslosigkeit liege bei über 60 Prozent.

Farhat Naser forderte, dass ein erfolgreicher Friedensprozess nicht nur von Arafat und seinen Leuten, sondern vom ganzen palästinensischen Volk getragen werden müsse. Dazu bedürfe es sozialer und gesellschaftlicher Reformen, im Zuge derer das Volk in Verwaltung, Regierung und politische Entscheidungen involviert werden könne. Besonders engagiert hätten sich auf diesem Gebiet die Frauenbewegung, die Gewerkschaften und die Menschenrechtsorganisationen, die in den letzten Jahren Hunderte Workshops und Seminare abgehalten haben. Nach wie vor aber fehle eine wirtschaftliche Basis, auf der der Frieden aufgebaut werden könne. Die bisher unterzeichneten Friedensverträge kritisierte Farhat Naser als zu pauschal formuliert. An einzelnen Formulierungen und ihrer Deutung würden sich neue Konflikte entzünden.

Farhat Naser sagte, dass die Palästinenser einer israelischen Militärgesetzgebung unterworfen wären, die das Verletzen von Menschenrechten legalisiere. Sie nannte einige Beispiele: Heirate eine Frau aus Ramallah einen Mann aus Ostjerusalem, dürfe sie nicht in Jerusalem wohnen, die gemeinsamen Kinder bekämen keine Geburtsurkunde und später keine Identitätskarte. Jeder Palästinenser aus Jerusalem, der im Ausland lebt oder arbeitet, müsse jährlich zu einem bestimmten Termin zurückkehren, um sein Wohnrecht zu bestätigen. Verabsäume er das, verliere er dieses Recht, sein Besitz und Erbe fielen automatisch dem israelischen Staat zu. Arbeite jemand – wie das bei sehr vielen palästinensischen Gastarbeitern in den Golfstaaten der Fall ist – länger als sieben Jahre im Ausland, werde ihm das Wohnrecht aberkannt, seine Familie müsse auswandern. Dieses System, betonte Farhat Naser, wäre durch Gesetze gedeckt, sei also legal. Vielen Israelis wären diese Regelungen überhaupt nicht bekannt. Angesichts dieser ungleichen Kräfteverhältnisse zwischen Israelis und Palästinensern, betonte Farhat Naser, gestalte sich

Friedensarbeit besonders schwierig und führe der bilaterale Dialog sehr schnell zu Konflikten. Sie berichtete, dass gemeinsame Friedensprojekte seit über einem Jahr still lägen, der politische Dialog und Austausch nur mehr über E-Mail geführt werde. Palästinensische Friedensarbeiter müssten sich häufig interner Kritik stellen. Farhat Naser warnte, dass der Konflikt, je länger er dauere, für beide Seiten immer gefährlicher würde. Sie warnte vor Stereotypen und Verallgemeinerungen und plädierte für mehr gegenseitigen Respekt.

In der anschließenden Diskussion wurde der Zusammenhang zwischen dem Nahostkonflikt und dem internationalen Terror angeschnitten. Farhat Naser kritisierte das Verhalten Amerikas und Europas, die den Islam immer deutlicher zum Feindbild stilisierten, wodurch ein national-politischer Konflikt immer mehr zu einem Religionskonflikt würde. Sie kritisierte auch, dass Europäer und Amerikaner aus wirtschaftlichen Überlegungen am Aufbau demokratischer Strukturen in der Region häufig nicht interessiert wären. Der Terror, so Farhat Naser, könne nur gestoppt werden, wenn man seinen Rückhalt in der Gesellschaft neutralisiere. Dazu müsse man die wirtschaftliche, politische und soziale Situation im nahen Osten entwickeln.